

06.09.2022

Niederschrift über die Senatssitzung

(I.10)

Frau Bürgermeisterin Fegebank trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2022/1740,  
betreffend

Vierundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Hamburgischen  
Wegegesetzes,

vor.

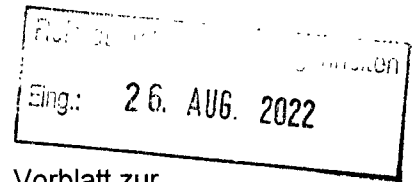
Der Senat beschließt die vorgelegte Mitteilung an die Bürgerschaft und ermächtigt den  
Präsidenten des Senats, bei der Präsidentin der Bürgerschaft die Vorwegüberweisung  
der Senatsmitteilung an den zuständigen Ausschuss zu beantragen.

Gr. Verteiler

Für die Richtigkeit  
  
Dr. Eike Westermann

TOP I. 10  
B  
Vorweg

Berichterstattung:  
Bürgermeisterin Fegebank  
Staatsrat Dr. von Vogel



Vorblatt zur  
Senatsdrucksache  
Nr. 2022/01740  
vom: 25.08.2022

## **Vierundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Wegegesetzes**

### **A. Zielsetzung**

Anpassung des Hamburgischen Wegegesetzes (HWG) an bundesrechtliche Regelungen zu den Baugebieten in der Baunutzungsverordnung (BauNVO). Einführung einer zeitlichen Obergrenze für die Festsetzung von Erschließungsbeiträgen zur Herstellung von Konformität mit der aktuellen Rechtsprechung, insbesondere des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG). Klarstellung und Bekräftigung des aktuellen Abrechnungssystems bei Erschließungsbeiträgen im Gesetzestext, um rechtlichen Bedenken der Gerichte in Bezug auf die aktuelle gesetzliche Regelung zu begegnen.

### **B. Lösung**

Aufnahme der Baugebiete „dörfliche Wohngebiete“, „urbane Gebiete“ und „Fläche für Anlagen, die der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung erneuerbarer Energien, wie Wind- und Sonnenenergie, dient“ in das HWG und Festlegung ihrer Nutzungsfaktoren für die Erhebung von Erschließungsbeiträgen nach den §§ 127 bis 135 Baugesetzbuch (BauGB) und §§ 44 ff. HWG.

Einführung einer zeitlichen Obergrenze von 20 Jahren für die Festsetzung von Erschließungsbeiträgen beginnend ab dem Zeitpunkt, in dem eine beitragsfähige Erschließungsanlage den an sie zu stellenden technischen Anforderungen entspricht und dies für die Beitragspflichtige bzw. den Beitragspflichtigen erkennbar ist (sog. Eintritt der tatsächlichen Vorteilslage).

Klarstellende Regelung im Gesetzestext zu den aktuellen Abrechnungsmodalitäten nach Einheitssätzen in Form der ausdrücklichen Möglichkeit einer Abrechnung nach tatsächlich angefallenen Erschließungskosten (Effektivkosten), sofern Einheitssätze nicht oder nicht wirksam festgesetzt worden sein sollten.

### **C. Auswirkungen auf den Haushalt**

Durch die geplanten Gesetzesänderungen wird das Risiko der FHH, in beitragsrechtlichen Gerichtsverfahren zu unterliegen und damit erhobene Beiträge ganz oder teilweise zurückerstatten zu müssen, weil die Gerichte die geltenden Rechtsgrundlagen (wg. des Fehlens einer zeitlichen Obergrenze für die Festsetzung und bezüglich des Rückgriffs auf die tatsächlich angefallenen Erschließungskosten bei Unwirksamkeit der Einheitssätze) für rechtswidrig halten, deutlich verringert.

Durch die Einführung einer zeitlichen Obergrenze für die Festsetzung von Erschließungsbeiträgen können bei Überschreiten der zeitlichen Obergrenze – anders als bisher – diese nicht

mehr gegenüber den beitragspflichtigen Eigentümerinnen und Eigentümern festgesetzt und damit von der FHH auch nicht mehr vereinnahmt werden.

Insgesamt ergeben sich aus der Gesetzesänderung keine Änderungsbedarfe in der Veranschlagung der Produktgruppe 298.01 „Bezirksverwaltung“.

#### **D. Auswirkungen auf die Vermögenslage**

Keine.

#### **E. Sonstige finanzielle Auswirkungen**

Keine.

#### **F. Vollzugsaufwand**

Keiner.

#### **G. Auswirkungen auf:**

- ☐ Familienpolitik
- ☐ Klimaschutz
- ☐ Inklusion (sofern zutreffend mit folgendem zusätzlichem Text: § 14 Absatz 3 Satz2 Hamburgisches Behindertengleichstellungsgesetz ist erfüllt“)
- ☐ Gleichstellung

#### **H. Notifizierung nach EU-Recht**

Anhaltspunkte für das Bestehen einer Notifizierungspflicht bestehen nicht.

#### **I. Vorwegüberweisung**

Die Drucksache ist eilbedürftig. Um sicherzustellen, dass das Gesetz möglichst frühzeitig in Kraft treten und damit das Risiko des Unterliegens der FHH vor den Gerichten mit den genannten negativen finanziellen Auswirkungen vermindert werden und die Neuerhebung von Beiträgen schnellstmöglich auf einer sicheren Rechtsgrundlage erfolgen kann, wird die Vorwegüberweisung an den zuständigen Ausschuss beantragt.

#### **J. Alternativen**

Verzicht auf die Anpassungen, Fortbestehen einer nicht aktuellen bzw. unklaren Gesetzeslage und des Risikos des Unterliegens der FHH in beitragsrechtlichen Gerichtsverfahren.

#### **K. Anlagen**

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft einschließlich Gesetzentwurf mit Begründung.